

rung, Verwendung und Vernichtung verhandeln und entsprechende internationale rechtliche Dokumente ausarbeiten soll. Wir sind auch dafür, daß mit dem Verbot von Anti-Satellitenwaffen begonnen wird." (XNA, 2.11.83)

Inzwischen wurde die Raumwaffenfrage zum Gegenstand der neuen Genfer Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Supermächten gemacht. Diese neue Verhandlungsrunde solle, wie im Januar 1985 vereinbart wurde, sowohl die strategischen Kernwaffen und Mittelstreckenraketen als auch die Raumwaffen umfassen. Freilich gab das Weiße Haus von vornherein zu verstehen, daß es auf den Sternenkriegs-Plan auf keinen Fall verzichten werde. Daraus ergeben sich vor allem vier Streitfragen, die sich stichwortartig folgendermaßen formulieren lassen: Hat das Star-War-Konzept defensiven oder offensiven Charakter? Bringt das Raumraketen-Abwehrsystem eine strategische Stabilisierung mit sich oder führt es zu einem neuen unkontrollierbaren Wettrüsten? Ist das SDI ein überwiegend wissenschaftliches oder aber militärisches Konzept? Ist schließlich das SDI-Programm lediglich die Antwort auf ein bereits seit Jahren angehaltenes sowjetisches Anti-Raketenabwehrsystem (reaktives Verhalten der USA), oder aber stellen die USA mit dem SDI eine neue Herausforderung für die USA auf (aktives Verhalten)?

Washington pocht hier jeweils auf die erste, Moskau dagegen auf die zweite Alternative.

Nach Meinung der VR China sind die Europäer bei der Frage, ob sie sich dem SDI anschließen sollen oder nicht, vor ähnliche Fragen gestellt. Für sie ergeben sich aber noch einige zusätzliche Probleme: Einmal seien die Details des amerikanischen Programms nach wie vor vage: "Es ist so, als würde man von einem Mann verlangen, zu heiraten, bevor er die Frau gesehen hat". Darüber hinaus seien viele Europäer im Zweifel, ob das Abwehrsystem am Ende auch für Europa (und nicht nur für die USA) wirksam sei. Das Ganze sei jedenfalls eine "heiße Kartoffel" (XNA, 1.4.85).

Es ist aber klar, was China den Europäern letztlich rät: "Hände weg vom SDI" (in diesem Sinne auch XNA, 25. und 28.10., 10.11.84).

Am 13. Februar 1985 forderte der chinesische Vertreter bei der 22. Sitzung des wissenschaftlichen und technischen Unterausschusses der UNO für die friedliche Nutzung des Weltraums erneut eine Initiative zur "friedlichen Nutzung des Welt-

raums", der das "gemeinsame Erbe der Menschheit" sei und deshalb lediglich zu "friedlichen Zwecken genutzt werden sollte". Weltraumwissenschaft und -technologie seien neue Bereiche mit enormen Möglichkeiten zur Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. In diesem Sinne müßten alle Nationen zusammenarbeiten, wobei China offensichtlich nicht zuletzt auch an seinen eigenen Vorteil denkt. Die VR China werde im April und Oktober 1985 in Beijing zusammen mit der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) und dem UNO-Ausschuß für den Weltraum ein Seminar über die Bedeutung der Fernsteuerung bei Planung, Management und Entscheidungsfindung und einen Workshop über die Fortschritte der Weltraumwissenschaft und -technologie abhalten (XNA, 14.2.85).

Sternenprogramm ja - aber nur auf friedlichem Gebiet und unter Einbeziehung auch der Entwicklungsländer (nicht zuletzt Chinas!) - dies also ist der chinesische Standpunkt. -we-

KULTUR

*
*
* * * * *

*** (18) Hohe Zahl von Patentanmeldungen**

Am 1. April 1985 trat das neue Patentgesetz der Volksrepublik China in Kraft. Bereits an diesem Tag meldeten chinesische und auch ausländische Firmen insgesamt ca. 4.000 Patente bei den chinesischen Patentbüros an. Von den 1.773 Anmeldungen bis 15 Uhr am 1.4.1985 bezogen sich 80% auf neue Erfindungen. 16% bezogen sich auf Gebrauchsmuster und 4% waren neue Geschmacksmuster. 842 Anmeldungen oder 47,5% kamen von inländischen Erfindern. Der Rest kam aus dem Ausland.

Die erste registrierte Patentanmeldung kam von einem Forschungsinstitut, das dem Ministerium für Astronautik untersteht. Der größte einzelne Anmelder war die Qinghua-Universität, die 145 Patente beantragte. 60 Anmeldungen kamen von der Filiale der Phillips-Gesellschaft aus den Niederlanden, 30 von den Takeda Chemical Industries Ltd. aus Japan und 20 von der Chemiefirma Bayer (Leverkusen) aus der Bundesrepublik Deutschland. Von den ausländischen Anmeldungen bezogen sich 40% auf die Chemieindustrie und weitere 40% auf die Elektronik-Industrie.

Ca. 4.000 Patentagenten sind ausgebildet worden, und Patentagenturen wurden in den meisten Provinzen, Autonomen Regionen und pro-

vinzunabhängigen Städten gegründet. Im Hauptamt in Beijing gibt es 207 Patentprüfer und ein Archiv, das 30 Mio. Patentedokumente enthält.

Die Shanghaier Filiale des staatlichen chinesischen Patentamtes akzeptierte mehr als 30 Patentanmeldungen von Gesellschaften in Japan, USA, Australien, Frankreich und anderen Ländern, und zwar bereits am ersten Tag der Gültigkeit des Patentgesetzes. Die Patente dort bezogen sich auf die Chemieindustrie, den Maschinenbau und die pharmazeutische Industrie. Insgesamt seien einige 100 ausländische und 300 inländische Patentanmeldungen eingegangen, teilte der stellvertretende Direktor des Shanghaier Patentamtes mit. Neben dem Patentamt in Shanghai gibt es ein Büro für Patentanwälte. In diesen Organisationen arbeiten mehr als 480 ausgebildete Personen. (XNA, 2.4.1985) -lou-

*** (19) Gründung einer Nationalitäten-Hochschule in Beijing**

Im April 1985 wurde in Beijing die erste vom Volk betriebene (minban) Hochschule für Nationalitäten in China eröffnet. Die Hochschule wurde von der Beijinger Gesellschaft für Volksliteratur und -kunst der Nationalitäten gegründet. Finanziert wurde der Bau der Schule durch Spenden sowie staatliche und private Zuwendungen. Die laufenden Kosten werden durch die Einnahmen aus dem Schulgeld sowie eigene Werkstätten und Beratungsdienste gedeckt. Die Hochschule bietet Kurse in Kunst, Recht, Verwaltung und politischer Wissenschaft an. Ab nächstem Jahr sollen mehr geisteswissenschaftliche Fächer eingerichtet werden. Der Unterricht erfolgt durch pensionierte Lehrer und eingeladene Lektoren. Die Aufnahmeprüfungen sind leichter als bei anderen Universitäten, doch die Qualität des Unterrichts ist gleich. Im Unterschied zu den zehn in China bestehenden Hochschulen für Nationalitäten gibt es bei dieser Hochschule keine Arbeitsplatzgarantie für die Absolventen. Diese erhalten jedoch Diplome und Empfehlungen für Einstellungen. Gegenwärtig studieren gut 300 Studenten an der Hochschule; die meisten von ihnen sind Hui, Mongolen und Mandschu (XNA, 13.4.85; RMRB, 3.4.85).

Die Angehörigen nationaler Minderheiten haben es in der Regel schwer, Aufnahme an einer Hochschule oder Universität zu finden, obwohl ihnen ein bestimmter Prozentsatz von Studienplätzen an regulären Hochschulen vorbehalten ist und sie auch bei den Aufnahmeprüfungen einen Bonus erhalten.

Auch wenn mit dem Abschluß dieser neuen Schule keine Arbeitsplatzgarantie verbunden und infolgedessen der Zugang zu staatlichen Stellen verschlossen ist, dürften die neugeschaffenen Studienplätze bei den Angehörigen nationaler Minderheiten begrüßt werden. Ein Vorteil der neuen Schule dürfte auch sein, daß Literatur und Kunst der Minderheiten gebührend im Unterricht berücksichtigt werden.

*(20) Reform der Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen

In diesem Jahr wird bei den Hochschulabsolventen in verstärktem Maße das reformierte Modell der Stellenzuweisung zur Geltung kommen. Die bereits 1983 ins Auge gefaßten Reformen (vgl. C.a., 1983/7, Ü 46) werden bereits von mehreren Universitäten und Hochschulen praktiziert, insbesondere von den zur Erprobung ausgewählten Universitäten, wie z. B. der Qinghua-Universität in Beijing und der Jiaotong-Universität in Shanghai. Bisher war es so, daß alle Absolventen von der Zentrale unterstellten Hochschulen von der Zentrale die Stellen zugewiesen bekamen. Jetzt sollen die Hochschulen und die Absolventen mehr Mitspracherecht bekommen. Nach der neuen Methode hat die Zentrale nur noch koordinierende Funktion, während die Stellen selbst durch das Zusammenwirken der Hochschulen, Studenten und Arbeitseinheiten vergeben werden. Das Prinzip ist, daß sich die Studenten entsprechend ihren Fähigkeiten und Wünschen bewerben, daß die Hochschulen eine Empfehlung abgeben und daß die einstellenden Einheiten die Kandidaten auf ihre Eignung für den betr. Job prüfen. Das bedeutet, daß die zentralen Behörden keine Weisungsbefugnis mehr haben, da es in der Vergangenheit vielfach zu Fehlbesetzungen kam. Die Stellensuche soll durch die Mitwirkung der Hochschulen, Studenten und Arbeitseinheiten stärker am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet sein. Dabei wird die betr. Hochschule auch dafür Sorge tragen, daß zuallererst die staatlichen Schlüsselprojekte mit Fachleuten versorgt werden. Auch solche Betriebe oder Gegenden, mit denen sie eine langfristige Kooperation unterhält, wird sie mit ihren Absolventen nach Bedarf versorgen. Schließlich wird sie auch die Studenten motivieren, in schwierige Gebiete (also z. B. Tibet, Xinjiang, Qinghai) zu gehen (vgl. RMRB, 21.4.85). Die Wünsche der Studenten werden jetzt zwar berücksichtigt, aber wenn es zum Konflikt zwischen den Wünschen des Studenten und dem Bedarf des Staates kommt, so muß der Student sei-

ne eigenen Wünsche zurückstellen - so jedenfalls hat die Qinghua-Universität verfügt (ebd.).

Da die Reformen noch nicht an allen Hochschulen praktiziert werden, wird in diesem Jahr noch ein hoher Prozentsatz der Absolventen, nämlich 27 %, direkt vom Staat in die Stellen vermittelt. Dabei handelt es sich vor allem um Stellen in den Bereichen, denen der Staat Priorität beimißt, wie Energie, Transport, Militärwesen, Textilindustrie, Baumaterialien und Landwirtschaft (GMRB, 12.3.85). Die Absolventen der örtlich betriebenen Hochschulen werden von den örtlichen Stellen vermittelt.

Hintergrund für die allmähliche Abschaffung des Systems der zentralen Stellenzuweisung für Hochschulabsolventen ist, daß die Zentrale nicht mehr für alle Studenten eine Arbeitsplatzgarantie übernehmen will. Damit war in der Regel das Prinzip der lebenslangen Beschäftigung in einem Staatsbetrieb oder in einer staatlichen Institution verbunden. Da dieses Prinzip abgebaut werden soll, muß auch das System der zentralen Stellenzuweisung durchbrochen werden. Mit dieser Reform wird bezweckt, über das Vertragssystem, also befristete Arbeitsverträge, mehr Mobilität in die Stellenbesetzungen zu bekommen und somit Fachkräfte bedarfsorientierter einzusetzen. -st-

* (21) Bewertung des vierten nationalen Schriftstellerkongresses

Nach Auffassung von Hongkonger Zeitschriften stand der vierte nationale Schriftstellerkongreß (29.12.84 - 5.1.85, siehe C.a.85/1, Ü 24) eindeutig im Zeichen des Liberalisierungskurses und wird daher als Sieg über die Linken bewertet. Wie in einem Artikel in der Zeitschrift "Jiushi niandai" (Nr. 181, 1985/2, S.52-57) ausgeführt wird, sei dies bereits in der Rede des Hu Yaobang-Schützlings Hu Qili zum Ausdruck gekommen. Es sei das erste Mal gewesen, daß von seiten der Partei die Freiheit des literarischen Schaffens betont worden sei. Auch seien nicht ein einziges Mal Mao Zedongs Yan'aner Reden über Literatur und Kunst erwähnt worden. Die Zeitschrift sieht vor allem in dem Ergebnis der Wahlen zu den Führungsgremien, die zum erstenmal seit 30 Jahren wirkliche Wahlen gewesen sein sollen, einen klaren Sieg über die Linken. Die neuen Stars seien Liu Binyan, der nach Ba Jin die meisten Stimmen erhalten habe, und Wang Meng, der nicht nur ein guter Schriftsteller, sondern auch ein guter Taktiker sei. Seine gemäßigte Linie habe ihm seit 1979

die Gunst der Partei (seit 1982 ist er einer der beiden Schriftsteller, die Mitglied im ZK sind; der andere ist He Jingzhi) und der Verbandsmitglieder eingebracht. Die gleiche Ansicht vertritt die "Zhengming" (Nr.88, 1985/2, S.6-10). Sie nennt folgende Anzeichen, daß den Linken eine Abfuhr erteilt worden sei: Die Kongreßteilnehmer hätten die Grußadressen von Hu Qiaomu und Deng Liqun, die als Initiatoren des Kampfes gegen die "geistige Verschmutzung" gesehen werden und deren Abwesenheit als "politische Krankheit" erklärt wird, mit Schweigen quittiert. Demgegenüber soll die Grußadresse Zhou Yangs, der tatsächlich krank ist und deshalb nicht am Kongreß teilnehmen konnte, mit fünfminütigem Beifall bedacht worden sein. Zhou Yang, so heißt es, habe das Vertrauen der Mehrheit der Schriftsteller, weil er im Jahre 1983 selbst Opfer des Kampfes gegen die "geistige Verschmutzung" war (vgl. C.a. 1983/11, Ü 6). Außerdem habe man Ding Ling, die während der Bewegung gegen die "geistige Verschmutzung" besonderen Eifer gezeigt habe, einen Denkmittel verpaßt; angeblich wollte sie Präsidentin des Schriftstellerverbandes werden (Jiushi niandai, a.a.O., S.57); tatsächlich wurde sie nur einer der elf Vizepräsidenten. Im selben Zusammenhang wie Ding Ling werden u.a. auch das Ehepaar He Jingzhi, Dichter und stellvertretender Chef der Propagandaabteilung der Partei, und Ke Yan, stellvertretende Chefredakteurin der angesehensten Lyrikzeitschrift "Shi Kan", sowie der bisherige Präsident des Guangdonger Schriftstellerverbandes Ouyang Shan genannt, der in Guangdong höchst unbeliebt sein soll (Zhengming, 85/2, S.6-10 und 14-15; 85/3, S.13-15). Schließlich hätten sich auf dem Kongreß zwei Delegierte öffentlich für den Schriftsteller Ye Wenfu eingesetzt, der im Verlauf des Kampfes gegen die "geistige Verschmutzung" wegen seiner unverhüllten Kritik an der Privilegienwirtschaft in seinem Gedicht "So nicht, Herr General!" verhaftet worden war (C.a. 83/11, Ü 9). Die Intervention hatte offenbar Erfolg: Laut einer Anzeige in RMRB vom 8.2.85 veröffentlichte die renommierte Lyrikzeitschrift "Shi Kan" in ihrer Februar-Ausgabe zwei Gedichte von Ye Wenfu, womit angezeigt sein dürfte, daß Ye rehabilitiert ist.

Die Einschätzung der Hongkonger Zeitschriften erscheint zumindest fragwürdig. So ist vor allem die Einstufung solcher Schriftsteller wie Ding Ling und Ouyang Shan, die alle unter der Kulturrevolution zu leiden hatten, als links völlig ungerechtfertigt. Kritik an westlichen Liberalisierungstendenzen

und westlich-bourgeois Einflüssen hat nichts mit einer linken Einstellung zu tun, sondern ist Ausdruck einer konservativen Haltung mit dem Ziel, die chinesische Kultur in ihrem Wesen zu bewahren. Bei den auf dem Schriftstellerkongreß zu Tage getretenen Gegensätzen scheint es sich daher weniger um politische Gegensätze zwischen Linken und Liberalen als vielmehr um Gegensätze zwischen der alten gestandenen und der jüngeren nachrückenden Schriftstellergeneration zu handeln. Tatsächlich vertreten jene Schriftsteller, denen angeblich ein Denkzettel verpaßt worden sein soll, die Generation des literarischen Establishments, die bereits in den fünfziger Jahren den Ton angab und dies zum großen Teil auch wieder seit ihrer Rehabilitierung nach der Kulturrevolution tut. Ihr gegenüber versucht sich seit einigen Jahren die Generation der jüngeren Schriftsteller zu behaupten, die zumeist nicht dem literarischen Establishment angehört und wegen ihres Nonkonformismus häufig den Argwohn der Etablierten erregt (vgl. hierzu Helmut Martin, "Chinesische Schriftsteller der 80er Jahre", in: Asien, Nr.14, Jan. 1985, S.28-47). Selbstverständlich gibt es unter den Schriftstellern auch politische Gegensätze, doch nicht sie waren entscheidend, sondern der sich anbahnende Generationswechsel. Dies bedeutet nicht nur, daß jetzt jüngere Schriftsteller in die Führungspositionen des Verbandes aufzurücken beginnen, sondern daß sich im Verband zunehmend eine neue, unkonventionelle Generation von Schriftstellern Gehör verschafft und Mehrheiten zu gewinnen versucht. -st-

*(22)

Satzung des Schriftstellerverbandes veröffentlicht

In ihrer Ausgabe vom 6. April 1985 veröffentlichte die Volkszeitung die neue Satzung des Schriftstellerverbandes, nachdem sie auf dem vierten nationalen Schriftstellerkongreß am 5. Januar 1985 grundsätzlich angenommen und in veränderter Form am 29. März 1985 auf der zweiten Sitzung des Präsidiums des Schriftstellerverbandes verabschiedet worden war. Die Satzung besteht aus 23 Artikeln und gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil, den allgemeinen Grundsätzen, wird die schöpferische Freiheit der Schriftsteller garantiert; ferner ist festgeschrieben, daß der Verband die demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder schützt und die Verteidigung der Schriftsteller übernimmt, wenn deren Rechte und Interessen, wie z.B. das Copyright, verletzt werden. Erstma-

lig wird in der Satzung auch die Literatur der nationalen Minderheiten gewürdigt.

Der zweite Teil befaßt sich mit den Rechten und Pflichten der Mitglieder. Der dritte Teil behandelt die Organisation, so u.a. die Wahlen zu den verschiedenen Gremien, deren Aufgaben und die vorgesehenen Fristen, innerhalb derer die Gremien zu tagen haben. Der letzte Teil legt die Finanzquellen dar.

Auch andere Künstlervereinigungen, die zur Zeit ihre nationalen Kongresse durchführen, revidieren ihre Satzungen. Diese dürften sich inhaltlich an der Satzung des Schriftstellerverbandes orientieren (siehe die Übersetzung des Dokuments in diesem Heft). -st-

*(23)

Reform der kulturellen und künstlerischen Organisationen

Der Erläuterung der Reformen im kulturellen und künstlerischen Bereich diente eine Tagung in Beijing vom 3.-12. April 1985, zu der knapp 200 Vertreter der Kulturbehörden des ganzen Landes geladen waren (vgl. GMRB, 14.4.85). Zwei Themenkomplexe standen im Mittelpunkt der Diskussionen: der Abbau der Selbstherrlichkeit der Kulturbehörden und die Überwindung der Gleichmacherei. Bei dem ersten Komplex ging es darum, die schöpferische Freiheit der Künstler ins Bewußtsein zu bringen. Zugleich aber hätten die Behörden auch darauf zu achten, das Volk vor schädlichen Einflüssen, etwa vor dekadentem bürgerlichen Gedankengut, zu bewahren. Die Künstler ihrerseits müßten sich ihrer Pflicht bewußt sein, sich mit den Gefühlen des Volkes zu identifizieren, das Leben des Volkes kennenzulernen, den Patriotismus des Volkes zu steigern und dem Aufbau der sozialistischen Modernisierung zu dienen. Außerdem hätten sie für den Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation Sorge zu tragen und die Politik der Öffnung zu unterstützen (GMRB, 16.4.85). Dieser Katalog von Forderungen an die Künstler zeigt, daß diese sich trotz aller schöpferischen Freiheit nach wie vor in den Dienst der Parteipolitik zu stellen haben.

Bei dem zweiten Komplex ging es um grundlegende Strukturreformen, wie sie für den Wissenschaftsbereich bereits eingeleitet worden sind. Ebenso wie die wissenschaftlichen Institutionen sollen auch die kulturellen und künstlerischen Organisationen, wie z.B. Theater, Verlage, Kunstakademien usw., wie wirtschaftliche Unternehmen arbeiten, wobei das Prinzip der glei-

chen staatlichen Zuwendungen für alle aufgehoben werden soll. Überzähliges Personal soll abgebaut und die individuelle Leistung honoriert werden. Das Personal in kulturellen Organisationen soll seine schöpferischen Kräfte starker entfalten können und mehr Eigeninitiative erhalten. Personal in kulturellen Organisationen, z.B. Schauspieler, Dramaturgen, Verlagslektoren, Übersetzer usw., soll auf Vertragsbasis eingestellt werden und das Recht haben, zusätzlich Verträge mit anderen Organisationen abzuschließen oder neue Arbeitsverträge einzugehen. Die Kulturorganisationen, wie z.B. Theater, sollen wirtschaftlich möglichst unabhängig werden. Sie sollten in freien Wettbewerb miteinander treten und die Kritik und Begutachtung durch die Leser und das Publikum akzeptieren. Ein wesentlicher Aspekt der Reform ist die Betonung der Eigenverantwortlichkeit und erweiterten Kompetenzen für die einzelnen Einheiten. Wie Kulturminister Zhu Muzhi erläuterte, sollen die Kulturbehörden nur noch die allgemeine Aufsicht führen, sich aber nicht mehr direkt in die Geschäfte der kulturellen Organisationen einmischen. -st-

*(24)

Kongresse kultureller Verbände

Offenbar im Hinblick auf den Fünften nationalen Kongreß der Literatur- und Kunschtchaffenden, der alle fünf Jahre einberufen werden soll und bereits Ende 1984 fällig gewesen wäre, haben jetzt mehrere in diesem Dachverband zusammengefaßte Einzelverbände ihre nationalen Kongresse abgehalten. Seit November 1979 hatten keine derartigen Kongresse stattgefunden (vgl. C.a. 1979/11). Den Anfang machte der Schriftstellerverband, dessen 4. Nationaler Kongreß vom 29.12.84 bis 5.1.85 stattfand (vgl. C.a. 1985/1, Ü 24).

Im April folgten die Kongresse der Theaterfachleute, der Balladensänger, der Filmkünstler, der Kalligraphen und der Fernsehkünstler. Die Vereinigung der Theaterfachleute hielt vom 18. - 24.4.1985 ihren vierten nationalen Kongreß ab. Teilnehmer waren 873 Delegierte aus allen 29 Einheiten auf Provinzebene. Sie wählten einen neuen Vorstand und dieser die Präsidenten. Zum Präsidenten wurde wiederum der bekannte Dramenautor Cao Yu gewählt, der dieses Amt seit November 1979 innehat. Als Stellvertreter wurden Liu Housheng, Chen Baichen, Zhang Geng, Yu Shizhi, Huang Zuolin, Guan Sushuang, Guo Hancheng, Wu Zuguang, Hu Ke, Li Moran, Yang Lanchun, Xu Xiaozhong, A Jia und Yuan Xuefen gewählt. Wie auf dem Schriftstellerkongreß wur-

de auch hier die schöpferische Freiheit beschworen, doch es war auch die Rede von "sehr großen Schwierigkeiten, mit denen sich die gegenwärtige Theaterarbeit konfrontiert sieht". Welcher Art die Probleme sind, erhellt aus dem Hinweis, daß man einerseits am Prinzip der schöpferischen Freiheit festhalten, andererseits aber "dekadente bürgerliche Gedanken und feudalistische Überreste" ausschalten will (RMRB, 19. u. 26.4.1985).

Auf dem Kongreß der Filmkünstler (s. RMRB, 24. u. 29.4.1985) wurde wiederum Xia Yan zum Präsidenten gewählt, obwohl er aus Altersgründen eigentlich zurücktreten wollte (XNA, 23.4.1985). Stellvertretende Präsidenten wurden Su Yun, Situ Huimin, Wu Yigong, Xie Tieli und Yu La. Bemängelt wurde hauptsächlich, daß trotz beachtlicher Leistungen das Niveau des chinesischen Films vielfach noch sehr zu wünschen übrig lasse und daß auf dem Gebiet chinesisch-ausländischer Gemeinschaftsproduktionen ein großes Durcheinander herrsche und dadurch negative Einflüsse ausgeübt würden.

Die Kalligraphenvereinigung, die 1981 ihren ersten nationalen Kongreß veranstaltet hatte, ist inzwischen auf über 1300 Mitglieder angewachsen; in 23 Einheiten auf Provinzebene gibt es Zweigstellen. Die Kalligraphie, so wurde konstatiert, erlebe zur Zeit einen regelrechten Boom: Millionen von Menschen widmeten sich in den vielerorts gegründeten Fach- und Freizeitschulen für Kalligraphie dieser Kunst. Der auf dem Kongreß gewählte Vorstand wählte Qi Gong zum Präsidenten und Zhou Erfu, Fang Quji, Wang Xuezhong, Lu Shi, Shen Peng und Huang Qi zu stellvertretenden Präsidenten (RMRB, 24. u. 30.4.1985).

Eine Vereinigung der Fernsehkünstler hatte es bisher nicht gegeben; sie wurde erst jetzt gegründet (RMRB, 30.4.1985).

Das Besondere an all diesen Kongressen war, daß die Führungsgremien "demokratisch gewählt" wurden, wie auch die Volkszeitung betonte. Das bedeutet offensichtlich, daß mehr Kandidaten aufgestellt waren, als tatsächlich gewählt wurden. Sonst war es immer üblich, daß über eine zuvor von der Partei aufgestellte Liste abgestimmt wurde. -st-

*(25)

Christliches Seminar in Shanghai

Nach Nanjing gibt es jetzt auch in Shanghai ein christlich-protestantisches Seminar zur Ausbildung von Pastoren. Das Seminar wurde eben-

falls vom Chinesischen Christenrat gegründet. Die ersten vierzig Studenten, die alle die Sekundarschule absolviert haben, fangen im September mit dem Studium an, das drei Jahre dauert. Nach ihrem Examen werden sie in Kirchen in den Provinzen Fujian, Jiangxi, Zhejiang und Shandong sowie in Shanghai eingesetzt. Zu den Pflichtfächern am Seminar gehören Theologie, Neues und Altes Testament, Religionsgeschichte, die Arbeit der Kirchen und Pastoren, Allgemeinwissen und Fremdsprachen (XNA, 12.4.85).

Im Chinesischen Christenrat sind alle evangelischen Kirchen zusammengeschlossen. -st-

*(26)

Brecht-Seminar in Beijing

Vom 5.-11. April 1985 fand in Beijing unter Beteiligung von etwa fünfzig chinesischen und ausländischen Fachleuten ein Brecht-Seminar statt. Veranstalter waren das Zentrale Drama-Institut, das Zweite Fremdspracheninstitut Beijing, das chinesische Zentrum der internationalen Gesellschaft für Theaterfachleute und das Chinesische Jugendtheater. Ding Yangzhong, Vizedirektor des Zentralen Drama-Instituts, der in den fünfziger Jahren in Leipzig über Brecht promoviert hat, führte in seinem Referat aus, daß Brecht von chinesischer Philosophie und dem traditionellen chinesischen Theater beeinflusst worden sei und daß heute wiederum das chinesische Theater von ihm profitiere. Er hob hervor, daß viele von Brechts Schauspielen ins Chinesische übersetzt und in China inszeniert worden seien. Erst 1982 habe der Verlag für Volksliteratur zwei Auswahlbände seiner Stücke herausgebracht. Zur Zeit werde beim Zentralen Drama-Institut eine Auswahl von Brechts Essays über Dramentheorie herausgegeben. In Wahrheit, so fügte Ding hinzu, sei Forschung über Brecht zugleich Forschung darüber, wie das moderne Leben am besten widerzuspiegeln und wie das Publikum zu gewinnen sei.

Das Seminar war begleitet von einer Fotoausstellung über Leben und Werk Bertolt Brechts und von Aufführungen einiger seiner Stücke. So gab es in Beijing und Shanghai die Stücke "Der kaukasische Kreidekreis", "Der gute Mensch von Sezuan" und "Schweyk im zweiten Weltkrieg" (XNA, 6. u. 11.4.85). -st-

*(27)

Ausbildungszentrum für Dritt-Welt-Journalisten in Beijing

Am 3. April 1985 eröffnete ein Journalisten-Ausbildungszentrum unter der englischen Bezeichnung "Xinhua News Agency - Thomson Foundation International Journalism Training Centre" in der chinesischen Hauptstadt seine Tore. Wenige Tage später, nämlich am 22. April, begann ein 4-Wochen-Kurs für Journalisten aus dem asiatisch-pazifischen Raum, der von der Allchinesischen Vereinigung für Journalisten und der UNESCO mitgetragen wurde und an dem Journalisten aus Bangladesch, Birma, Fidschi, Indien, Malaysia, Nepal, Pakistan, den Philippinen, Singapur, Sri Lanka und Thailand teilnahmen (XNA, 23.4.85). -we-

*(28)

Wird China an den Olympischen Spielen in Seoul (1988) teilnehmen?

Auf diese Frage gab Hu Yaobang während einer Pressekonferenz in Canberra eine sibyllinische Antwort: "Ja, falls die politische Situation auf der koreanischen Halbinsel sich bessert." China werde außerdem auf Nordkorea einwirken, sich ebenfalls an diesen Spielen zu beteiligen (XNA, 17.4.85). -we-

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(29)

Gemeinschaftsprojekte mit dem Ausland im Jahre 1984

Die gemeinschaftlich mit dem Ausland durchgeführten Projekte stiegen im Jahre 1984 um 50% gegenüber dem Vorjahre, das waren absolut 2,874 Mrd. US\$. Dies teilte ein Sprecher des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen und Außenhandel mit. Etwa die Hälfte des genannten Wertes wurde während des Jahres 1984 investiert. Mit ausländischen Regierungen und Banken wurden Verträge über Kredite in Höhe von 1,916 Mrd. US\$ abgeschlossen, und der größte Teil dieser Summe wurde 1984 auch benutzt.

Insgesamt wurden 1984 741 Joint Ventures genehmigt, die Summe der ausländischen Anteile betrug 1,067 Mrd. US\$, das war ein Anstieg von 466% gegenüber dem Jahr 1983. In anderen Gemeinschaftsunternehmen waren 1,484 Mrd. US\$ investiert, das bedeutete einen Anstieg von 195% gegenüber 1983. Seit Juli 1979, als das Joint-Venture-Gesetz erlassen worden war, wurden insgesamt 930 Joint Ventures errichtet. Zunächst wurden Joint Ventures in den Wirtschaftssonderzonen und den